



Bundesstiftung „Mutter und Kind – Schutz des ungeborenen Lebens“

Sozialdatenstatistik 2014

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis	2
I. Vorbemerkung	3
II. Zusammenfassung Deutschland	4
III. Deutschland - Daten 2014	6
IV. Zusammenfassung Länder	11
V. Länder – Daten 2014	14
VI. Tabellenverzeichnis	34

I. Vorbemerkung

Die Sozialdatenstatistik erhebt Daten über die Hilfeleistungen aus den Finanzmitteln der Bundesstiftung „Mutter und Kind – Schutz des ungeborenen Lebens“. Sie erfasst bei den Anträgen und Bewilligungen jede Schwangerschaft nur einmal (Erstantrag pro Schwangerschaft).

Für jedes Land gibt es einen zentralen Zuweisungsempfänger der Bundesstiftung. In elf Ländern ist es jeweils eine Stiftung des Landes zur Unterstützung und Hilfe für Mütter und Familien, in fünf Ländern – Bremen, Hamburg, Hessen, Nordrhein-Westfalen und Saarland – sind es Einrichtungen von Wohlfahrtsverbänden.

Die Mittel der Bundesstiftung werden anteilig nach dem Bevölkerungsschlüssel auf alle Länder verteilt. Im einzelnen Land beeinflussen mehrere Faktoren die Höhe der errechneten durchschnittlichen Zuschussbeträge aus den Mitteln der Bundesstiftung: die Gesamtzahl der Hilfeempfängerinnen, ihr prozentualer Anteil an der Bevölkerung, sowie das verfügbare Budget aus den Stiftungsmitteln.

Die Länder unterscheiden sich grundsätzlich auch durch ihre Wirtschaftsstruktur, den Lebensstandard und die Lebenshaltungskosten. Die bundesweit bestehenden Abweichungen zwischen den gewährten Zuschussbeträgen in den Ländern beruhen vor allem auf den regional zum Teil unterschiedlichen Lebensverhältnissen.

Das Gesetz zur Errichtung einer Stiftung "Mutter und Kind - Schutz des ungeborenen Lebens" in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. März 1993 (BGBl. I S. 406), zuletzt geändert durch Artikel 46 des Gesetzes vom 8. Juli 2016 (BGBl. I S. 1594), und die Richtlinien der Bundesstiftung über die Vergabe und Verwendung der Stiftungsmittel in der Fassung vom 24. Mai 2007, zuletzt geändert am 17. Februar 2016, geben den verbindlichen rechtlichen Rahmen für die Verfahrenspraxis der zentralen 16 Zuweisungsempfänger. Unter Beachtung dieser Vorgaben und der verfügbaren Stiftungsmittel sind für die ergänzenden Hilfen der Bundesstiftung die individuellen Notlagen der Schwangeren und Mütter maßgebend.

Die Zuweisungsempfänger in den Ländern und die Schwangerschaftsberatungsstellen vor Ort richten ihre Antrags- und Bearbeitungspraxis im laufenden Kalenderjahr kontinuierlich daran aus, das gedeckelte Budget und die konkreten Beratungsfälle optimal in Einklang zu bringen. Die Zahlen der Antragsstellerinnen ebenso wie die der positiv beschiedenen Hilfeempfängerinnen geben daher nur einen ungefähren Eindruck von der tatsächlichen Notsituation Schwangerer, auf die die Zweckbindung der Stiftungsmittel Anwendung findet.

II. Zusammenfassung Deutschland

Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes gab es im Jahr 2014 **714.927** Lebendgeburten. Im Vergleich zum Vorjahr (**682.069** Geburten) ist damit die Geburtenzahl um **4,82 %** gestiegen. Damit war die Steigerung deutlich höher als in den Vorjahren: 2013 war gegenüber 2012 ein Anstieg von 1,27 % und 2012 gegenüber dem Vorjahr um 1,64 % zu verzeichnen.

Die Zahl der **Antragstellerinnen** auf Leistungen aus Mitteln der Bundesstiftung ist in 2014 nur minimal angestiegen, um 0,2 % auf 145.015 (2013 um 1,1 %); die Zahl der tatsächlichen **Hilfsempfängerinnen** hat sich zugleich um 0,4 % auf 132.049 vermindert. 2013 war noch eine Erhöhung um 1,7 % zu verzeichnen. Entsprechend hat sich die Bewilligungsquote verringert: um 1 Prozentpunkt von 92 % auf 91 % (Tabelle 1).

Ausgehend von der Zahl der Lebendgeburten betrug der prozentuale Anteil der schwangeren Frauen, die von der Bundesstiftung finanziell unterstützt wurden, in 2014 18,5 % (2013: 19,4 %). Somit hat auch im Jahr 2014 annähernd **jede fünfte Schwangere** Stiftungsmittel erhalten.¹

Der Anteil der **volljährigen Hilfsempfängerinnen** blieb auch im Jahr 2014 wie schon seit 2006 konstant bei 97 % (Tabelle 2).

Der **wirtschaftliche Status** der Hilfsempfängerinnen (erfasst nach der Einkommensart, die das Haupteinkommen darstellt) hat sich gegenüber den Vorjahren kaum verändert. Der prozentuale Anteil der Hilfsempfängerinnen, die Einkommen aus selbständiger und nicht selbständiger Arbeit bezogen, fiel erneut um einen Prozentpunkt auf nun 24 %. Der Anteil der Hilfsempfängerinnen ohne eigenes Einkommen und auch ohne einen Sozialleistungsbezug fiel von 13 % von 12 %. Dagegen ist der Anteil der Hilfsempfängerinnen, die Leistungen nach SGB II und XII bezogen, um einen Prozentpunkt auf nun 48 % angestiegen. Konstant blieben die Anteile der Bezieherinnen von Leistungen nach SGB III und derjenigen, die Leistungen nach BAFöG und Ausbildungsvergütung erhielten, sowie der Bezieherinnen von sonstigen Sozialleistungen (Tabelle 3).

Wie schon im Vorjahr gab es in 2014 bei der **Staatsangehörigkeit** der Hilfsempfängerinnen nochmals eine deutlichere Verschiebung. Nach dem bis 2013 die Werte ziemlich konstant waren, ging der Anteil der Hilfsempfängerinnen mit deutscher Staatsangehörigkeit nochmals um 3 Prozentpunkte von 69 % auf nun 66 % zurück. Entsprechend stieg der prozentuale Anteil

¹ Dieser Wert stellt jedoch nur eine Annäherung dar, da zum einen Bewilligungen für Kinder, die in 2014 geboren wurden, zum Teil bereits in 2013 erfolgt sind und zum anderen Kinder, für die noch in 2014 Bewilligungen ausgesprochen wurden, erst in 2015 geboren wurden.

ausländischer Hilfeempfängerinnen von 31 % auf 34 % (Tabelle 4). Die Veränderung könnte auf die seit Mitte 2014 zunehmenden Anträge schwangerer Flüchtlinge zurückzuführen sein.

Wie seit langem wurden die Hilfen der Bundesstiftung von den Hilfeempfängerinnen auch in 2014 ganz überwiegend nach der 12. **Schwangerschaftswoche** beantragt. Im Berichtsjahr stellten 30 % der Hilfeempfängerinnen ihren Antrag zwischen der 13. und 20. und 64 % nach der 20. Schwangerschaftswoche. Damit ist der Anteil der Antragstellungen nach der 20. Schwangerschaftswoche um 2 Prozentpunkte angestiegen und hat gleichzeitig seinen bisher höchsten Wert seit Ausarbeitung der Statistik in dieser Form erreicht. Zugleich ist der Anteil der bis zur 12. Woche gestellten Anträge um 1 Prozentpunkt auf den niedrigsten Wert der letzten Jahre gefallen (Tabelle 5).

Bei den **Lebensformen** der Hilfeempfängerinnen gab es im Bundesdurchschnitt nur eine geringfügige Verschiebung. Gegenüber dem Vorjahr ist der Anteil derjenigen, die nach eigenen Angaben in ehelicher Gemeinschaft lebten, um 1 Prozentpunkt auf 40 % gestiegen und zugleich der Anteil der (zum Teil auch im elterlichen Haushalt) Alleinlebenden um 1 Prozentpunkt auf 38 % gefallen. Wie im Vorjahr lebten 22 % der Hilfeempfängerinnen in eheähnlicher Gemeinschaft (Tabelle 6).

Die Anzahl der bei der Bundesstiftung **mitwirkenden Schwangerschaftsberatungsstellen** hat sich im Jahr 2014 um 12 verringert. Insgesamt wirkten somit 1.246 Beratungsstellen bei der Antragstellung auf Bundesstiftungsmittel mit (Tabelle 7).

Die **132.049 Hilfeempfängerinnen** in Deutschland bekamen 2014 **durchschnittlich einen Betrag in Höhe von 694 Euro** aus Stiftungsmitteln des Bundes ausbezahlt und somit 2 Euro mehr als im Vorjahr. Das entspricht einer minimalen Steigerung um 0,3 % (Tabelle 9).

Trotzdem der Durchschnittsbetrag bundesweit nahezu gleich blieb, veränderten sich die Werte in den Ländern zumeist deutlicher (Tabelle 29). Den größten prozentualen Rückgang gab es 2014 mit 13,1 % in Rheinland-Pfalz, aber auch in Baden-Württemberg hat sich der Durchschnittsbetrag um 8,2 % vermindert. Der stärkste Anstieg war mit 10,5 % im Saarland zu verzeichnen, gefolgt von Bayern mit 10,3 %. In Sachsen blieb der Durchschnittsbetrag unverändert.

Bremen ist erneut das Bundesland mit dem geringsten Durchschnittsbetrag, der mit 450 Euro auch noch 13 Euro unter dem Vorjahreswert lag. Den zweitniedrigsten Wert verzeichnete in 2014 Schleswig-Holstein mit 519 Euro, gefolgt von Mecklenburg-Vorpommern mit 535 Euro. Der letztgenannte Wert stellt eine Erhöhung um 6,6 % dar.

Die höchsten Durchschnittsbeträge gab es auch 2014 in Bayern mit 1.380 Euro und in Baden-Württemberg mit 983 Euro, erneut gefolgt von Rheinland-Pfalz mit 819 Euro. Die oben erwähnten Verringerungen wirkten sich damit auf die Reihenfolge nicht aus.

Die **Verteilung der Bewilligungen nach Beträgen pro Erstbewilligung** ist gegenüber dem Vorjahr kaum verändert. Erneut erfolgten lediglich in 1 % der Fälle Bewilligungen über 1.500 Euro. Bewilligungen unter 300 Euro gab es wieder in nur 9 % der Fälle. Verringert hat sich dagegen der Anteil der Bewilligungen zwischen 1.000 und 1.500 Euro. Er ist um 2 Prozentpunkte auf 11 % zurückgegangen. Am häufigsten erhielten die Hilfeempfängerinnen Beträge zwischen 300 und 600 Euro, wobei dieser Anteil um 2 Prozentpunkte auf 47 % stieg. Beträge zwischen 600 und 1.000 Euro wurden am zweithäufigsten bewilligt. Der Anteil dieser Bewilligungen fiel von 32 % auf 31 % (Tabelle 10).

III. Deutschland - Daten 2014

Endgültige Geburtenzahl: 714.927 (2013: 682.069)
(Statistischen Bundesamt auf www.destatis.de)

Tabelle 1: Antragstellerinnen und Hilfeempfängerinnen (jeweils Erstantrag pro Schwangerschaft) in Deutschland

	Antragstellerinnen	Hilfeempfängerinnen
2005	146.952 (100 %)	132.698 (90 %)
2006	162.550 (100 %)	149.000 (92 %)
Veränderung 2005/2006	+ 11 %	+ 12 %
2007	160.521 (100 %)	147.688 (92 %)
Veränderung 2006/2007	- 1,2 %	- 0,9 %
2008	156.458 (100 %)	145.119 (93 %)
Veränderung 2007/2008	- 2,5 %	- 1,7 %
2009	158.215 (100 %)	145.273 (92 %)
Veränderung 2008/2009	+ 1,1 %	+ 0,1 %
2010	156.536 (100 %)	144.958 (93 %)
Veränderung 2009/2010	- 1 %	- 0,2 %
2011	144.504 (100 %)	132.359 (92 %)
Veränderung 2010/2011	- 7,7 %	- 8,7 %
2012	143.246 (100 %)	130.464 (91 %)
Veränderung 2011/2012	- 0,9 %	- 1,4 %
2013	144.775 (100 %)	132.639 (92 %)
Veränderung 2012/2013	+ 1,1 %	+ 1,7 %
2014	145.015 (100 %)	132.049 (91 %)
Veränderung 2013/2014	+ 0,2 %	- 0,4 %

Tabelle 2: Alter der Hilfeempfängerinnen in Deutschland

Alter der Hilfeempfängerin	der	unter 14 Jahre	14 bis 18 Jahre	über 18 Jahre
2005		34 (0 %)	4.875 (4 %)	127.788 (96 %)
2006		48 (0 %)	4.771 (3 %)	144.181 (97 %)
2007		37 (0 %)	4.589 (3 %)	143.062 (97 %)
2008		47 (0 %)	4.431 (3 %)	140.510 (97 %)
2009		54 (0 %)	3.984 (3 %)	141.235 (97 %)
2010		44 (0 %)	3.835 (3 %)	141.079 (97 %)
2011		39 (0 %)	3.344 (3 %)	128.976 (97 %)
2012		41 (0 %)	3.316 (3 %)	127.107 (97 %)
2013		43 (0 %)	3.650 (3 %)	128.946 (97 %)
2014		25 (0 %)	3.313 (3 %)	128.711 (97 %)

Tabelle 3: Wirtschaftlicher Status der Hilfeempfängerinnen in Deutschland

Status der Hilfeempfängerin	Einkommen aus selbstständiger und nicht selbstständiger Arbeit	Leistungen nach SGB III	Leistungen nach BAFöG, Ausbildungsvergütung	Leistungen nach SGB II und XII	Sonstige Sozialleistungen	Ohne eigenes Einkommen und Sozialleistungen
2005	29.745 (20 %)	40.252 (28 %)	6.825 (5 %)	25.804 (18 %)	keine Angaben	28.297 (19 %)
2006	30.972 (21 %)	7.921 (5 %)	6.812 (5 %)	73.935 (50 %)	3.188 (2 %)	22.914 (15 %)
2007	33.138 (22 %)	5.729 (4 %)	6.266 (4 %)	75.472 (51 %)	3.443 (2 %)	21.133 (14 %)
2008	35.264 (24 %)	7.252 (5 %)	6.281 (4 %)	71.517 (49 %)	3.790 (3 %)	18.874 (13 %)
2009	35.647 (25 %)	7.303 (5 %)	6.686 (5 %)	70.610 (49 %)	4.030 (3 %)	18.916 (13 %)
2010	35.495 (24 %)	6.835 (5 %)	6.755 (5 %)	70.813 (49 %)	4.335 (3 %)	18.546 (13 %)
2011	33.397 (25 %)	5.883 (4 %)	6.299 (5 %)	63.423 (48 %)	3.935 (3 %)	16.864 (13 %)
2012	34.113 (26 %)	5.721 (4 %)	6.029 (5 %)	61.410 (47 %)	4.587 (4 %)	15.754 (12 %)
2013	33.595 (25 %)	5.650 (4 %)	5.633 (4 %)	62.161 (47 %)	4.448 (3 %)	17.316 (13 %)
2014	31.464 (24 %)	5.063 (4 %)	5.486 (4 %)	62.770 (48 %)	4.615 (3 %)	15.967 (12 %)

Die ungewöhnlichen Unterschiede im Vergleich 2005/2006 in den Spalten 3 und 5 dieser Tabelle beruhen auf einigen bayerischen Abweichungen bei der statistischen Erfassung zum wirtschaftlichen Status. Bayern trennte 2005 noch nach Arbeitslosengeld/-hilfe und Sozialhilfe. Die bayerische Statistik fasste 2006 und 2007 die Leistungen nach dem SGB II und XII und den Leistungen nach den SGB III zusammen. Insoweit sind die Deutschland-Daten 2006 und 2007 hier nur eingeschränkt verwertbar. Eine Umstellung der bayerischen Statistik ist zum 1. Januar 2008 vorgenommen worden.

Tabelle 4: Staatsangehörigkeit der Hilfeempfängerinnen in Deutschland

Staatsangehörigkeit	Deutsche	Ausländerinnen
2005	101.859 (72 %)	39.893 (28 %)
2006	107.439 (72 %)	41.541 (28 %)
2007	107.143 (73 %)	40.545 (27 %)
2008	107.436 (74 %)	37.683 (26 %)
2009	107.048 (74 %)	38.225 (26 %)
2010	105.686 (73 %)	39.270 (27 %)
2011	95.539 (72 %)	36.820 (28 %)
2012	93.785 (72 %)	36.682 (28 %)
2013	92.026 (69 %)	40.613 (31 %)
2014	86.768 (66 %)	45.281 (34 %)

Tabelle 5: Zeitpunkt der Anträge der Hilfeempfängerinnen in Deutschland

Schwangerschaftswoche	1. bis 12. Woche	13. bis 20. Woche	Nach der 20. Woche
2005	12.094 (9 %)	44.590 (31 %)	85.068 (60 %)
2006	12.604 (9 %)	45.988 (31 %)	90.408 (61 %)
2007	11.989 (8 %)	44.657 (30 %)	91.042 (62 %)
2008	11.441 (8 %)	44.424 (31 %)	89.254 (62 %)
2009	10.949 (7 %)	44.690 (31 %)	89.634 (62 %)
2010	10.886 (8 %)	45.381 (31 %)	88.691 (61 %)
2011	9.535 (7 %)	41.376 (31 %)	81.448 (62 %)
2012	9.135 (7 %)	40.554 (31 %)	80.775 (62 %)
2013	8.759 (7 %)	40.861 (31 %)	83.019 (62 %)
2014	7.916 (6 %)	40.051 (30 %)	84.082 (64 %)

Tabelle 6: Lebensform der Hilfeempfängerinnen in Deutschland

Lebensform der Hilfeempfängerin	In ehelicher Gemeinschaft lebend	Allein lebend (auch im elterlichen Haushalt lebend)	In eheähnlicher Gemeinschaft lebend
2005	49.909 (43 %)	37.219 (32 %)	28.407 (25 %)
2006	66.672 (45 %)	51.963 (35 %)	30.365 (20 %)
2007	64.426 (44%)	52.566 (36%)	30.696 (21 %)
2008	59.395 (41 %)	54.864 (38 %)	30.862 (21 %)
2009	60.083 (41 %)	52.930 (37 %)	32.260 (22 %)
2010	59.033 (41 %)	54.602 (38 %)	31.323 (22 %)
2011	52.603 (40 %)	50.664 (38 %)	29.092 (22 %)
2012	51.351 (39 %)	50.541 (39 %)	28.572 (22 %)
2013	52.253 (39 %)	51.710 (39 %)	28.676 (22 %)
2014	52.938 (40 %)	50.508 (38 %)	28.603 (22 %)

Tabelle 7: Anzahl der bei der Bundesstiftung mitwirkenden Schwangerschaftsberatungsstellen

Anzahl	Schwangerschaftsberatungsstellen	Freie Trägerschaft	Staatlich / kommunale Trägerschaft
2005	1.241	978	263
2006	1.271	1.002	269
Veränderung 2005/2006	+ 2,4 %	+ 2,5 %	+ 2,3 %
2007	1.279	1.013	266
Veränderung 2006/2007	+ 0,6 %	+ 0,9 %	+ 1 %
2008	1.275	1.018	257
Veränderung 2007/2008	- 0,3 %	+ 0,5 %	- 3,4 %
2009	1.276	1.026	250
Veränderung 2008/2009	+ 0,1 %	+ 0,8 %	- 2,7 %
2010	1.284	1.033	251
Veränderung 2009/2010	+ 0,6 %	+ 0,7 %	+ 0,4 %
2011	1.273	1.027	246
Veränderung 2010/2011	- 0,9 %	- 0,6 %	- 2,0 %
2012	1.255	1.025	230
Veränderung 2011/2012	- 1,4 %	- 0,2 %	- 6,5 %
2013	1.258	1.029	229
Veränderung 2012/2013	+ 0,2 %	+ 0,4 %	- 0,4 %
2014	1.246	1.024	222
Veränderung 2013/2014	- 1,0 %	+ 0,5 %	- 3,1 %

Tabelle 8: Einkommensgrenze nach den Regelsätzen des SGB XII

Zur Feststellung einer Notlage im Sinne von § 2 MuKStiftG ist in § 3 der Vergaberichtlinien der Bundesstiftung eine Einkommenshöchstgrenze festgelegt (§ 53 der Abgabenordnung). Die Zuweisungsempfänger in den Ländern haben für die Festsetzung ihrer eigenen Einkommensgrenzen einen gewissen Spielraum unter Beachtung der Vorgaben der Vergaberichtlinien und des § 53 Abgabenordnung.

Wegen der länderspezifischen Unterschiede wird auf die Länder - Daten (Tabelle 28) verwiesen.

Tabelle 9: Durchschnittsbetrag der Bundesstiftung pro Erstbewilligung in Deutschland

Durchschnittsbetrag	Für jede Hilfeempfängerin durchschnittlich
2005	607 Euro
2006	604 Euro
Veränderung 2005/2006	- 3 Euro
2007	606 Euro
Veränderung 2006/2008	+ 2 Euro
2008	629 Euro
Veränderung 2007/2008	+ 23 Euro
2009	649 Euro
Veränderung 2008/2009	+ 20 Euro
2010	651 Euro
Veränderung 2009/2010	+ 2 Euro
2011	682 Euro
Veränderung 2010/2011	+ 31 Euro
2012	695 Euro
Veränderung 2011/2012	+ 13 Euro
2013	692 Euro
Veränderung 2012/2013	- 3 Euro
2014	694
Veränderung 2013/2014	+ 2 Euro

Tabelle 10: Aufteilung der Beträge der Bundesstiftung pro Erstbewilligung 2014

Anzahl der Erstbewilligungen	bis 300 €	bis 600 €	bis 1.000 €	bis 1.500 €	über 1.500 €
2006	17.404 (12%)	69.460 (47%)	42.232 (29%)	17.963 (12%)	1.807 (1 %)
2007	17.886 (12%)	69.460 (48%)	39.111 (27%)	17.248 (12%)	1.693 (1 %)
2008	16.112 (11 %)	69.878 (48%)	40.541 (28%)	16.834 (12%)	1.752 (1 %)
2009	14.543 (10 %)	64.475 (44 %)	45.933 (32 %)	18.350 (13 %)	1.836 (1 %)
2010	13.667 (9 %)	65.610 (45 %)	46.816 (32 %)	17.351 (12 %)	1.513 (1 %)
2011	12.720 (10 %)	58.357 (44 %)	43.694 (33 %)	16.065 (12 %)	1.523 (1 %)
2012	11.143 (9 %)	58.110 (45 %)	42.134 (32 %)	17.422 (13 %)	1.655 (1 %)
2013	11.735 (9 %)	59.732 (45 %)	41.814 (32 %)	17.639 (13 %)	1.719 (1 %)
2014	11.993 (9 %)	61.595 (47 %)	41.525 (31 %)	15.042 (11 %)	1.894 (1 %)

Die Statistik 2005 enthielt hierzu nur unvollständige Daten.

Tabelle 11: Zentrale Vergabe der Stiftungsmittel

(siehe Tabelle 31)

Tabelle 12: Orientierungsrahmen

(siehe Tabelle 32)

Tabelle 13: Zusätzliche Mittel des Landes bzw. der Landesstiftung jährlich insgesamt

(siehe Tabelle 33).

IV. Zusammenfassung Länder

Im Berichtsjahr 2014 zeigten sich, wie in den Vorjahren auch, zum Teil erhebliche **Unterschiede zwischen den Bundesländern.**

2014 verringerte sich die **Zahl der Hilfeempfängerinnen** in der Hälfte der Bundesländer. Die höchste prozentuale Abnahme hatte Thüringen mit 10,3 % zu verzeichnen, gefolgt von Brandenburg mit 8,5 %. Den höchsten prozentualen Anstieg von Bewilligungen gab es im Saarland mit 7,4 %, den zweithöchsten in Hessen mit 6,2 %. Mit + 0,9 % und - 0,6 % waren die Veränderungen in Berlin und Schleswig-Holstein am geringsten (Tabelle 15).

Die höchste **Quote an bewilligten Anträgen** verzeichnete für das Jahr 2014 Bayern mit 98 %. Brandenburg und das Saarland folgen mit 96 % bzw. 95 %. Die niedrigste Bewilligungsquote gab es 2013 in Nordrhein-Westfalen mit 87 %. In Rheinland-Pfalz und Sachsen lag sie mit jeweils 88 % nur geringfügig darüber (Tabellen 14 und 15).

Der prozentuale Anteil der **Hilfeempfängerinnen über 18 Jahren** lag im Durchschnitt auch in 2014 wieder bei 97 %, 3 % waren zwischen 14 und 18 Jahren alt. Für Mädchen unter 14 Jahren gab es wie in den Vorjahren nur ganz vereinzelt Bewilligungen (Tabellen 2 und 16).

Der **wirtschaftliche Status der Hilfeempfängerinnen** (erfasst nach der Einkommensart, die das Haupteinkommen darstellt) verbesserte sich in den meisten Bundesländern nicht (Tabellen 3 und 17 bis 23):

Der prozentuale Anteil derjenigen Hilfeempfängerinnen, die **Einkommen aus selbständiger oder nicht selbständiger Tätigkeit** bezogen, verringerte sich in 2014 bundesweit erneut um 1 Prozentpunkt auf nun 24 %. Die größten Veränderungen gab es dabei in Bayern und im Saarland mit einer Verringerung dieses Anteils um 6 bzw. um 3 Prozentpunkte. Einen

Rückgang gab es im Berichtsjahr in 11 Ländern (3 mehr als 2013); aber zumeist wieder nur um 1 bis 2 Prozentpunkte. Einen Anstieg, allerdings nur um 1 Prozentpunkt, gab es in Baden-Württemberg, Berlin und Sachsen-Anhalt. In Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern ergab sich keine Veränderung. (Tabelle 17).

Der prozentuale Anteil derjenigen Hilfeempfängerinnen, die **Leistungen nach SGB II und SGB XII** erhielten, macht wie stets den größten Anteil aus. Im Bundesdurchschnitt ist er mit 48 % nahezu konstant (2013: 47 %). In den Bundesländern liegt er zwischen 31 % (Baden-Württemberg) und 67 % (Sachsen). Die stärkste Veränderung gab es in Bayern, wo er um 6 Prozentpunkte anstieg. In den übrigen Bundesländern waren die Schwankungen nach oben und unten gering und bewegten sich zwischen 0 und 3 Prozentpunkten (Tabelle 20).

Der Anteil der Hilfeempfängerinnen **ohne eigenes Einkommen und Sozialleistungen** hat sich erneut im Bundesdurchschnitt (Verminderung um 1 Prozentpunkt) und auch in den meisten Bundesländern kaum verändert. In Baden-Württemberg ist er nach dem starken Anstieg in 2013 (Verdopplung auf 26 %) im Berichtsjahr wieder deutlich gesunken auf nun 19 % (Tabelle 23).

Kaum Veränderungen gab es hinsichtlich der Anteile der Bezieherinnen von **Leistungen nach dem SGB III** und Bezieherinnen von **BAFöG und Ausbildungsvergütungen**.

Insgesamt gab es in Baden-Württemberg und Bayern die stärksten Anteilsveränderungen gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen, während in Sachsen die Anteile bis auf einen minimalen Anstieg der Asylbewerberleistungsbezieherinnen gleich blieben.

In 2014 gab es im Bundesdurchschnitt beim prozentualen Anteil der **ausländischen Hilfeempfängerinnen** erneut eine Steigerung um 3 Prozentpunkte auf nun 34 %, nachdem der Anteil in den Vorjahren bis 2012 ziemlich konstant geblieben war. In den alten Bundesländern lag er im Berichtsjahr zwischen 27 % (in Schleswig-Holstein) und 48 % (in Hamburg und Hessen). Einen Anstieg des Anteils ausländischer Hilfeempfängerinnen gab es außer im Saarland, wo es keine Verschiebung gab, in allen Bundesländern. Der höchste Anstieg war mit 7 Prozentpunkte in Baden-Württemberg zu verzeichnen, den zweithöchsten in Niedersachsen mit 5 Prozentpunkten. In den neuen Bundesländern war der Anteil ausländischer Hilfeempfängerinnen weiterhin sehr niedrig. Obgleich er dort überall um 1 bis 3 Prozentpunkte angestiegen ist betrug er nur 8 % (in Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen) und 9 % (in Sachsen und Sachsen-Anhalt) (Tabelle 24).

Wie in den Vorjahren wurde auch im Berichtsjahr in 14 Bundesländern der Antrag auf Stiftungsmittel überwiegend nach der 20. **Schwangerschaftswoche** gestellt, oft zu rund 70 % und mehr. Ausnahmen waren wieder das Saarland und Sachsen. Im Saarland stellen 41 % der Hilfeempfängerinnen den Antrag bereits zwischen der 13. und 20. Schwangerschaftswoche und nur 35 % erst danach. In Sachsen betrug der Anteil der Antragstellungen zwischen der 13. und

20. Schwangerschaftswoche 47 %, nach der 20. Schwangerschaftswoche wurden 43 % der Anträge gestellt. (Tabelle 25).

Erhebliche Unterschiede bestehen nach wie vor in der **Lebensform der Hilfeempfängerinnen**. In den alten Bundesländern machten überwiegend die in ehelicher Gemeinschaft Lebenden den größten Anteil der Hilfeempfängerinnen aus (Anteil in ehelicher Gemeinschaft lebender Hilfeempfängerinnen in den alten Bundesländern: zwischen 38 % und 50 %) und der Anteil der in eheähnlicher Gemeinschaft lebenden ist zumeist der geringste (zwischen 14 % und 24 %). In den neuen Bundesländern stellen meistens die allein lebenden Hilfeempfängerinnen den größten Anteil (zwischen 39 % und 52 %), gefolgt von den in eheähnlicher Gemeinschaft Lebenden. Verheiratete machen dort nur 20 % bis 22 % der Hilfeempfängerinnen aus. Ausnahmen von diesen Trends gibt es vor allem im Saarland und in Thüringen. Im Saarland als einzigem der alten Bundesländer stellen die allein lebenden Hilfeempfängerinnen mit 40 % die größte Gruppe, liegen aber nur 2 Prozentpunkte über dem Anteil der Verheirateten. In Thüringen machten 2013 als einzigem Bundesland überhaupt die in eheähnlicher Gemeinschaft Lebenden mit 41 % den größten Anteil der Hilfeempfängerinnen aus. 2014 liegt deren Anteil mit dem der allein lebenden Hilfeempfängerinnen gleich auf (jeweils 39 %). In den Stadtstaaten Bremen, Hamburg und Berlin ist jeweils die Differenz der Prozentanteile der in ehelicher Gemeinschaft lebenden und der allein lebenden Hilfeempfängerinnen sehr gering (1 Prozentpunkt, bzw. 3 und 4 Prozentpunkte). Und auch in Bayern beträgt dieser Unterschied nur 5 Prozentpunkte (Tabelle 26).

Zusätzliche Mittel des Landes bzw. der Landesstiftung wurden für 2014 wie bereits in den Vorjahren von den Landesstiftungen in Bayern, Berlin, Rheinland-Pfalz, Sachsen-Anhalt und Thüringen gemeldet. Mit Eigenmitteln von rund 2,7 Mio. Euro hat Bayern gegenüber 2013 mehr als das Doppelte aufgebracht. Eine geringfügige Erhöhung gab es in Sachsen-Anhalt und Berlin (um 3,8 % bzw. 2,0 %). In Thüringen verringerten sich die Eigenmittel etwas (um 9,7 %), in Rheinland-Pfalz blieb der Betrag wie stets unverändert (Tabelle 33).

V. Länder – Daten 2014

Tabelle 14: Antragstellerin (Erstantrag pro Schwangerschaft) nach Bundesländern

Antragstellerinnen	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg
2005	9.144	14.543	8.552	7.919
2006	10.344	15.959	9.009	7.844
2007	11.156	15.592	8.248	8.188
2008	10.194	13.443	8.190	7.794
2009	11.634	13.099	8.721	7.396
2010	11.285	13.971	8.919	7.274
2011	11.108	10.890	8.744	6.810
2012	10.943	12.485	8.563	6.495
2013	11.139	12.724	8.679	6.320
2014	10.815	11.860	8.632	6.031

Antragstellerinnen	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern
2005	2.241	4.395	10.409	6.087
2006	2.382	4.480	10.458	6.234
2007	2.354	4.658	10.527	6.103
2008	2.190	4.558	10.315	6.120
2009	2.332	4.697	10.487	5.835
2010	2.074	4.687	10.331	5.703
2011	2.021	4.568	9.693	5.250
2012	2.068	4.603	9.359	5.028
2013	2.065	4.787	9.553	4.716
2014	2.124	4.777	10.026	4.565

Antragstellerinnen	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland
2005	18.807	36.242	5.590	1.573
2006	18.877	36.904	5.747	1.765
2007	18.479	36.313	5.728	1.770
2008	17.855	36.682	5.721	1.746
2009	17.942	38.513	5.878	1.856
2010	17.797	37.887	5.718	1.755
2011	16.464	35.613	5.121	1.550
2012	15.749	35.830	5.280	1.521
2013	16.099	36.627	5.410	1.478
2014	16.588	38.449	5.373	1.623

Antragstellerinnen	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen
2005	11.281	7.920	6.705	5.953
2006	11.603	7.905	6.881	6.158
2007	11.292	7.239	6.872	6.002
2008	10.785	7.477	6.769	5.919
2009	10.440	7.209	6.766	5.410
2010	9.867	6.747	6.835	5.686
2011	8.855	6.191	6.399	5.227
2012	8.319	5.946	6.358	4.699
2013	8.174	5.892	6.488	4.624
2014	7.824	5.561	6.495	4.272

Tabelle 15: Hilfeempfängerinnen (Erstantrag pro Schwangerschaft) nach Bundesländern

Hilfeempfängerinnen	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg
2005	7.692	14.258	7.481	7.676
2006	9.140	15.647	8.138	7.522
2007	10.883	15.286	7.371	7.942
2008	10.180	13.179	7.522	7.616
2009	10.737	12.842	7.915	7.205
2010	10.915	13.564	8.101	7.053
2011	10.397	10.573	7.777	6.604
2012	10.048	12.110	7.519	6.141
2013	10.474	12.325	7.767	6.292
2014	10.084	11.627	7.837	5.760

Hilfeempfängerinnen	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern
2005	2.111	4.217	9.054	5.691
2006	2.258	4.333	9.858	5.835
2007	2.240	4.486	9.536	5.757
2008	2.056	4.338	9.569	5.753
2009	2.192	4.459	9.698	5.467
2010	1.971	4.457	9.632	5.382
2011	1.904	4.312	8.948	4.907
2012	1.945	4.334	8.628	4.619
2013	1.928	4.544	8.873	4.362
2014	2.000	4.486	9.419	4.215

Hilfeempfängerinnen	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland
2005	17.163	30.813	4.918	1.522
2006	17.154	32.541	5.048	1.725
2007	16.848	32.287	4.957	1.710
2008	16.370	32.396	5.091	1.702
2009	16.536	33.539	5.379	1.784
2010	16.475	33.367	5.126	1.710
2011	14.970	31.083	4.582	1.500
2012	14.504	31.432	4.625	1.477
2013	14.647	32.160	4.704	1.428
2014	15.022	33.376	4.749	1.534

Hilfeempfängerinnen	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen
2005	10.101	7.384	6.127	5.544
2006	10.335	7.371	6.341	5.754
2007	9.831	6.765	6.189	5.600
2008	10.769	6.998	6.095	5.485
2009	9.556	6.732	6.149	5.083
2010	9.289	6.258	6.296	5.362
2011	8.310	5.788	5.881	4.283
2012	7.371	5.484	5.913	4.314
2013	7.359	5.440	6.075	4.261
2014	6.910	5.166	6.040	3.824

Tabelle 16: Alter der Hilfeempfängerinnen nach Bundesländern

Alter	Baden- Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg
unter 14 Jahre	1	0	0	0
14 – 18 Jahre	165	349	167	115
ab 18 Jahre	9.918	11.278	7.670	5.645

Alter	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg- Vorpommern
unter 14 Jahre	1	2	2	1
14 – 18 Jahre	36	103	183	131
ab 18 Jahre	1.963	4.381	9.234	4.083

Alter	Niedersachsen	Nordrhein- Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland
unter 14 Jahre	2	13	0	0
14 – 18 Jahre	473	673	123	60
ab 18 Jahre	14.547	32.690	4.626	1.474

Alter	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig- Holstein	Thüringen
unter 14 Jahre	2	0	1	0
14 – 18 Jahre	246	209	156	124
ab 18 Jahre	6.662	4.957	5.883	3.700

Tabelle 17: Hilfeempfängerinnen (HiE) mit Einkommen aus selbständiger und nicht selbständiger Arbeit nach Bundesländern

HiE mit Arbeitseinkommen	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg
2005	1.618	6.525	1.496	2.090
2006	2.078	7.118	1.550	1.952
2007	2.967	7.324	1.253	2.132
2008	3.720	6.625	1.935	2.113
2009	3.847	5.900	1.991	2.048
2010	3.368	6.013	1.846	2.196
2011	3.826	4.905	1.616	2.191
2012	3.284	6.556	1.750	2.134
2013	2.917	6.026	1.940	2.109
2014	2.953	4.993	2.040	1.843

HiE mit Arbeitseinkommen	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern
2005	353	764	1.584	1.354
2006	339	716	2.056	1.283
2007	333	777	2.223	1.320
2008	327	842	2.354	1.383
2009	264	898	2.203	1.456
2010	253	1.010	2.060	1.423
2011	287	1.002	2.055	1.364
2012	304	988	1.858	1.308
2013	262	1.054	1.803	1.244
2014	235	934	1.759	1.191

HiE mit Arbeitseinkommen	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland
2005	1.996	4.223	989	200
2006	1.912	4.622	1.022	286
2007	10.527	5.067	1.017	240
2008	2.400	5.401	1.183	282
2009	2.603	5.705	1.323	274
2010	2.511	5.776	1.569	271
2011	2.358	5.733	1.099	243
2012	2.253	5.885	1.191	275
2013	2.430	5.882	1.160	267
2014	2.325	5.795	1.135	257

HiE mit Arbeitseinkommen	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen
2005	2.070	888	1.582	2.013
2006	1.699	710	1.655	1.974
2007	1.443	1.020	1.592	2.300
2008	1.561	1.090	1.653	2.395
2009	1.501	1.467	1.825	2.342
2010	1.434	1.517	1.876	2.372
2011	1.343	1.370	1.934	2.071
2012	1.220	1.259	1.988	1.860
2013	1.283	1.350	2.071	1.797
2014	1.189	1.341	1.957	1.517

Tabelle 18: Hilfeempfängerinnen (HiE), die Leistungen nach dem SGB III (Arbeitsförderung) erhielten, nach Bundesländern

HiE mit SGB III	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg
2005	717	7.942	299	651
2006	1.049	0	120	346
2007	616	0	85	333
2008	636	1.427	178	303
2009	646	1.327	207	254
2010	654	1.192	185	265
2011	641	670	197	285
2012	629	779	210	255
2013	602	791	173	242
2014	504	531	173	201

HiE mit SGB III	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern
2005	340	222	3.775	630
2006	99	202	633	365
2007	49	155	522	331
2008	48	130	793	315
2009	57	233	531	274
2010	49	303	453	289
2011	44	293	335	304
2012	43	131	387	283
2013	33	171	377	225
2014	37	162	341	182

HiE mit SGB III	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland
2005	9.272	9.749	502	51
2006	529	1.731	555	84
2007	488	1.385	409	60
2008	600	1.270	275	74
2009	652	1.507	298	77
2010	614	1.354	290	69
2011	538	1.176	275	73
2012	488	1.222	246	62
2013	556	1.214	254	53
2014	569	1.202	240	67

HiE mit SGB III	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen
2005	5.382	352	708	1.014
2006	479	220	381	1.128
2007	343	173	282	498
2008	324	159	227	493
2009	302	178	247	513
2010	281	148	241	448
2011	262	168	243	379
2012	253	187	245	301
2013	217	185	229	328
2014	209	131	260	254

Tabelle 19: Hilfeempfängerinnen (HiE), die Leistungen nach BAföG und/oder Ausbildungsvergütung (AusbVerg.) erhielten, nach Bundesländern

HiE mit BAföG/ AusbVerg.	Baden- Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg
2005	828	578	145	392
2006	1.147	550	184	295
2007	760	558	165	320
2008	691	567	198	294
2009	654	555	262	306
2010	680	629	313	291
2011	659	523	332	245
2012	686	525	291	221
2013	694	450	332	183
2014	806	361	313	190

HiE mit BAföG/ AusbVerg.	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg- Vorpommern
2005	88	118	314	459
2006	105	172	305	387
2007	99	200	294	410
2008	97	206	317	408
2009	98	251	325	357
2010	81	150	315	317
2011	76	129	268	301
2012	73	104	294	239
2013	71	110	261	210
2014	80	110	267	170

HiE mit BAföG/ AusbVerg.	Nieder- sachsen	Nordrhein- Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland
2005	744	1.059	239	88
2006	855	1.052	225	95
2007	818	892	258	81
2008	910	871	186	96
2009	844	1.015	55	102
2010	885	1.040	158	89
2011	896	951	180	85
2012	853	988	154	106
2013	842	902	131	72
2014	771	870	133	78

HiE mit BAföG/ AusbVerg.	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig- Holstein	Thüringen
2005	646	392	273	462
2006	489	285	252	414
2007	467	226	292	426
2008	455	204	343	438
2009	390	764	296	413
2010	376	686	299	446
2011	319	656	251	428
2012	254	586	279	376
2013	238	535	232	370
2014	189	574	260	314

Tabelle 20: Hilfeempfängerinnen (HiE), die Leistungen nach SGB II (Grundsicherung für Arbeitssuchende) und XII (Sozialhilfe) erhielten, nach Bundesländern

HiE mit SGB II und SGB XII	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg
2005	815	293	3.010	2.976
2006	1.467	7.762	5.942	3.340
2007	4.378	7.180	5.546	3.388
2008	3.330	4.350	4.796	4.125
2009	3.563	4.879	5.050	3.881
2010	3.551	5.580	5.285	3.460
2011	3.443	4.323	5.124	3.122
2012	3.860	4.120	4.696	2.850
2013	3.267	4.795	4.643	3.068
2014	3.220	5.269	4.599	2.816

HiE mit SGB II und SGB XII	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern
2005	92	1.674	534	2.153
2006	1.319	2.223	4.557	3.151
2007	1.361	2.425	4.408	3.024
2008	1.189	2.281	4.593	3.219
2009	1.316	2.328	4.595	2.868
2010	1.180	2.411	4.550	2.830
2011	1.141	1.966	4.292	2.466
2012	1.128	2.114	3.850	2.388
2013	1.051	2.111	3.974	2.280
2014	1.105	2.163	4.260	2.155

HiE mit SGB II und SGB XII	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland
2005	462	3.801	1.621	765
2006	9.823	14.840	1.886	888
2007	9.386	15.536	1.989	959
2008	8.305	15.735	1.985	901
2009	8.545	16.205	2.015	995
2010	8.671	16.232	2.025	949
2011	7.549	14.817	1.767	783
2012	7.214	14.889	1.854	737
2013	7.121	15.567	1.808	776
2014	7.194	16.260	1.887	823

HiE mit SGB II und SGB XII	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen
2005	268	3.940	1.447	1.953
2006	6.352	5.663	2.599	2.123
2007	6.332	4.872	2.630	2.058
2008	7.240	5.062	2.517	1.889
2009	6.423	3.825	2.559	1.563
2010	6.172	3.463	2.663	1.791
2011	5.537	3.163	2.328	1.602
2012	4.938	3.017	2.303	1.452
2013	4.946	2.886	2.421	1.447
2014	4.592	2.656	2.350	1.421

Tabelle 21: Hilfeempfängerinnen (HiE), die Leistungen nach AsylbLG erhielten, nach Bundesländern

HiE mit Leistungen nach AsylbLG	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg
2005	19	14	155	117
2006	14	14	183	92
2007	12	20	157	67
2008	29	6	212	62
2009	109	2	202	62
2010	118	9	263	73
2011	129	20	341	70
2012	161	19	387	87
2013	133	122	473	104
2014	730	388	539	157

HiE mit Leistungen nach AsylbLG	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern
2005	272	231	268	4
2006	89	216	208	6
2007	99	169	141	5
2008	95	143	101	2
2009	95	111	108	3
2010	67	103	118	2
2011	77	195	156	6
2012	68	220	179	5
2013	125	181	277	35
2014	187	282	487	93

HiE mit Leistungen nach AsylbLG	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland
2005	617	1.284	9	24
2006	570	1.483	2	28
2007	473	1.074	4	16
2008	378	831	2	22
2009	343	796	3	23
2010	357	786	10	18
2011	396	831	6	14
2012	410	983	14	27
2013	540	1.336	113	19
2014	996	1.944	216	40

HiE mit Leistungen nach AsylbLG	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen
2005	65	159	125	38
2006	68	133	105	47
2007	46	94	98	32
2008	48	92	91	27
2009	35	77	88	24
2010	36	90	95	34
2011	46	107	131	33
2012	52	98	109	31
2013	58	126	153	41
2014	149	153	261	62

Tabelle 22: Hilfeempfängerinnen (HiE), die sonstige Sozialleistungen erhielten, nach Bundesländern

HiE mit sonstigen Sozialleistungen	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg
2006	9	80	7	775
2007	259	86	11	986
2008	197	83	18	26
2009	136	78	18	26
2010	121	73	16	25
2011	98	60	11	28
2012	124	57	9	20
2013	89	63	13	28
2014	100	31	10	37

HiE mit sonstigen Sozialleistungen	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern
2006	19	4	678	50
2007	21	6	546	37
2008	29	4	211	37
2009	19	6	454	32
2010	29	6	502	49
2011	26	3	494	41
2012	64	19	834	28
2013	41	9	842	27
2014	31	5	922	35

HiE mit sonstigen Sozialleistungen	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland
2006	83	1.172	10	28
2007	169	1.032	11	15
2008	2.063	779	28	17
2009	2.067	842	34	21
2010	2.036	1.004	42	30
2011	1.985	711	40	31
2012	2.110	861	54	16
2013	2.091	777	49	22
2014	2.038	950	46	25

HiE mit sonstigen Sozialleistungen	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen
2006	63	21	121	68
2007	62	36	68	98
2008	98	25	71	104
2009	91	25	78	103
2010	120	28	170	84
2011	106	27	164	110
2012	90	19	179	103
2013	75	23	182	117
2014	96	18	204	67

Tabelle 23: Hilfeempfängerinnen (HiE) ohne eigenes Einkommen und Sozialleistungen nach Bundesländern

HiE ohne Einkommen und Sozialleistungen	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg
2005	3.923	116	359	841
2006	3.376	123	152	722
2007	1.891	118	154	716
2008	1.577	121	185	693
2009	1.782	101	185	628
2010	2.423	68	193	743
2011	1.601	72	156	663
2012	1.304	54	176	574
2013	2.772	78	193	558
2014	1.771	54	163	516

HiE ohne Einkommen und Sozialleistungen	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern
2005	Keine Angaben	771	2.316	691
2006	288	800	1.421	593
2007	278	754	1.402	630
2008	271	732	1.200	389
2009	343	632	1.482	477
2010	312	474	1.634	472
2011	253	724	1.348	425
2012	265	758	1.226	368
2013	345	908	1.339	341
2014	325	830	1.383	389

HiE ohne Einkommen und Sozialleistungen	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland
2005	3.732	10.271	1.545	330
2006	3.382	7.641	1.348	316
2007	3.384	7.301	1.269	339
2008	1.714	7.509	1.432	310
2009	1.482	7.469	1.651	292
2010	1.401	7.175	1.032	284
2011	1.248	6.864	1.215	271
2012	1.176	6.604	1.112	254
2013	1.067	6.482	1.189	219
2014	1.129	6.355	1.092	244

HiE ohne Einkommen und Sozialleistungen	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen
2005	1.329	509	1.564	0
2006	1.185	339	1.228	0
2007	1.138	344	1.227	188
2008	1.043	366	1.193	139
2009	814	397	1.056	125
2010	870	326	952	187
2011	697	297	830	200
2012	564	318	810	191
2013	542	335	787	161
2014	486	293	748	189

Tabelle 24: Staatsangehörigkeit der Hilfeempfängerinnen 2014 nach Bundesländern

Staatsangehörigkeit	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg
Deutsche	5.450	6.667	4.340	5.290
Ausländerinnen	4.634	4.960	3.497	470

Staatsangehörigkeit	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern
Deutsche	1.080	2.352	4.880	3.896
Ausländerinnen	920	2.134	4.539	319

Staatsangehörigkeit	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland
Deutsche	10.204	19.483	3.175	1.092
Ausländerinnen	4.818	13.893	1.574	442

Staatsangehörigkeit	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen
Deutsche	6.256	4.684	4.416	3.503
Ausländerinnen	654	482	1.624	321

Tabelle 25: Zeitpunkt der Anträge der Hilfeempfängerinnen 2014 nach Bundesländern

Schwangerschaftswoche	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg
1. bis 12.	19	742	90	89
13. bis 20.	2.425	2.803	1.172	1.207
nach der 20.	7.640	8.082	6.575	4.464

Schwangerschaftswoche	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern
1. bis 12.	37	83	363	38
13. bis 20.	407	907	1.912	865
nach der 20.	1.556	3.496	7.144	3.312

Schwangerschaftswoche	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland
1. bis 12.	283	3.403	544	373
13. bis 20.	4.683	13.829	1.216	619
nach der 20.	10.056	16.144	2.989	542

Schwangerschaftswoche	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen
1. bis 12.	677	92	662	421
13. bis 20.	3.220	1.492	1.949	1.345
nach der 20.	3.013	3.582	3.429	2.058

Tabelle 26: Lebensform der Hilfeempfängerinnen 2014 nach Bundesländern

Lebensform	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg
In ehelicher Gemeinschaft lebend	4.564	5.095	3.207	1.195
Allein lebend (auch im elterlichen Haushalt lebend)	3.529	4.480	3.011	2.553
In eheähnlicher Gemeinschaft lebend	1.991	2.052	1.619	2.012

Lebensform	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern
In ehelicher Gemeinschaft lebend	807	2.022	4.671	849
Allein lebend (auch im elterlichen Haushalt lebend)	780	1.833	3.440	1.941
In eheähnlicher Gemeinschaft lebend	413	631	1.308	1.425

Lebensform	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland
In ehelicher Gemeinschaft lebend	6.467	15.486	2.110	587
Allein lebend (auch im elterlichen Haushalt lebend)	5.246	11.887	1.607	615
In eheähnlicher Gemeinschaft lebend	3.309	6.003	1.032	332

Lebensform	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen
In ehelicher Gemeinschaft lebend	1.389	1.044	2.600	845
Allein lebend (auch im elterlichen Haushalt lebend)	3.444	2.676	1.969	1.497
In eheähnlicher Gemeinschaft lebend	2.077	1.446	1.471	1.482

Tabelle 27: Zahl der beteiligten Schwangerschaftsberatungsstellen nach Bundesländern

	Baden- Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg
2005				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	124	149	61	64
Freie Trägerschaft	99	69	50	55
Staatlich/kommunal	25	80	11	9
2006				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	124	152	59	70
Freie Trägerschaft	99	72	49	55
Staatlich/kommunal	25	80	10	15
2007				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	124	152	57	65
Freie Trägerschaft	99	72	47	52
Staatlich/kommunal	25	80	10	13
2008				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	124	152	52	66
Freie Trägerschaft	103	72	45	53
Staatlich/kommunal	21	80	7	13
2009				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	124	153	50	62
Freie Trägerschaft	103	77	45	49
Staatlich/kommunal	21	76	5	13
2010				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	125	155	54	63
Freie Trägerschaft	104	78	49	51
Staatlich/kommunal	21	77	5	12
2011				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	125	148	52	64
Freie Trägerschaft	104	72	47	52
Staatlich/kommunal	21	76	5	12
2012				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	124	149	52	62
Freie Trägerschaft	103	73	46	50
Staatlich/kommunal	21	76	6	12
2013				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	124	151	55	61
Freie Trägerschaft	103	75	49	50
Staatlich/kommunal	21	76	6	11
2014				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	124	151	50	61
Freie Trägerschaft	103	75	45	51
Staatlich/kommunal	21	76	5	10

Fortsetzung Tabelle 27: Zahl der beteiligten Schwangerschaftsberatungsstellen nach Bundesländern

	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenb.- Vorpommern
2005				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	4	4	77	41
Freie Trägerschaft	4	4	77	40
Staatlich/kommunal	0	0	0	1
2006				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	6	4	84	41
Freie Trägerschaft	6	4	84	40
Staatlich/kommunal	0	0	0	1
2007				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	6	4	89	41
Freie Trägerschaft	6	4	89	40
Staatlich/kommunal	0	0	0	1
2008				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	6	4	94	41
Freie Trägerschaft	6	4	94	40
Staatlich/kommunal	0	0	0	1
2009				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	6	4	88	41
Freie Trägerschaft	6	4	88	40
Staatlich/kommunal	0	0	0	1
2010				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	6	4	89	42
Freie Trägerschaft	6	4	89	41
Staatlich/kommunal	0	0	0	1
2011				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	6	4	88	42
Freie Trägerschaft	6	4	88	41
Staatlich/kommunal	0	0	0	1
2012				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	6	4	87	41
Freie Trägerschaft	6	4	87	40
Staatlich/kommunal	0	0	0	1
2013				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	6	4	87	39
Freie Trägerschaft	6	4	87	38
Staatlich/kommunal	0	0	0	1
2014				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	6	4	87	39
Freie Trägerschaft	6	4	87	38
Staatlich/kommunal	0	0	0	1

Fortsetzung Tabelle 27: Zahl der beteiligten Schwangerschaftsberatungsstellen nach Bundesländern

	Nieder- sachsen	Nordrhein- Westfalen	Rheinland- Pfalz	Saarland
2005				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	226	183	81	19
Freie Trägerschaft	152	159	81	3
Staatlich/kommunal	74	24	0	0
2006				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	233	179	80	19
Freie Trägerschaft	155	157	80	18
Staatlich/kommunal	78	22	0	1
2007				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	244	179	81	19
Freie Trägerschaft	165	157	81	19
Staatlich/kommunal	79	22	0	0
2008				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	239	181	80	18
Freie Trägerschaft	162	158	80	18
Staatlich/kommunal	77	23	0	0
2009				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	249	181	81	19
Freie Trägerschaft	173	158	81	19
Staatlich/kommunal	76	23	0	0
2010				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	245	181	81	20
Freie Trägerschaft	168	158	81	19
Staatlich/kommunal	77	23	0	1
2011				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	247	180	80	19
Freie Trägerschaft	172	157	80	19
Staatlich/kommunal	75	23	0	0
2012				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	238	180	80	19
Freie Trägerschaft	176	158	80	19
Staatlich/kommunal	62	22	0	0
2013				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	241	180	80	19
Freie Trägerschaft	177	158	80	19
Staatlich/kommunal	64	22	0	0
2014				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	234	181	80	19
Freie Trägerschaft	175	159	80	19
Staatlich/kommunal	59	22	0	0

Fortsetzung Tabelle 27: Zahl der beteiligten Schwangerschaftsberatungsstellen nach Bundesländern

	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen
2005				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	81	52	50	41
Freie Trägerschaft	60	49	35	41
Staatlich/kommunal	21	3	15	0
2006				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	80	51	49	40
Freie Trägerschaft	59	48	36	40
Staatlich/kommunal	21	3	13	0
2007				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	79	51	49	39
Freie Trägerschaft	59	48	36	39
Staatlich/kommunal	20	3	13	0
2008				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	79	50	49	40
Freie Trägerschaft	59	48	36	40
Staatlich/kommunal	20	2	13	0
2009				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	80	50	49	39
Freie Trägerschaft	60	48	36	39
Staatlich/kommunal	20	2	13	0
2010				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	80	49	50	40
Freie Trägerschaft	61	47	37	40
Staatlich/kommunal	19	2	13	0
2011				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	81	48	50	39
Freie Trägerschaft	63	46	37	39
Staatlich/kommunal	18	2	13	0
2012				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	78	48	51	36
Freie Trägerschaft	63	46	38	36
Staatlich/kommunal	15	2	13	0
2013				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	78	48	50	35
Freie Trägerschaft	64	46	38	35
Staatlich/kommunal	14	2	12	0
2014				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	79	48	50	33
Freie Trägerschaft	65	46	38	33
Staatlich/kommunal	14	2	12	0

Tabelle 28: Einkommensgrenzen nach Regelsätzen des SGB XII 2014 nach Bundesländern

	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg
Einkommensgrenzen	nein (es gilt sonstige Einkommensgrenze)	2,0xRS (Härtefälle: 2,5xRS) + Familienzuschläge 90 % v. RS + Unterkunftskosten	§ 53 AO	nach § 53 Abs. 1 Nr. 2 AO, 4x bzw. 5xRS, Grundlage: Bruttobezüge
	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern
Einkommensgrenzen	HV = 2xRS HA = 1xRS + Unterkunftskosten	AL: 3xRL HV/HA: 2xRL Kinder: 1½ RL zzgl. Warmmiete	Regelsatz x 1,5 bzw. x 2 bei Alleinerziehenden	1,5-facher RS bei HV und HA; 2-facher RS bei AL
	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland
Einkommensgrenzen	HV = 4,5xRS HA = 2,5xRS	HV=3xRS HA=2x80 % RS HA (0-5 J.) =1,5x60 % RS HA (6-13 J.) =1,5x70 % RS HA (14-24 J.) =1,5x80 % RS AL=3,75 x RS +Kinderzuschlag	HV/HA = 1,5xRS; AL = 2,0xRS +Mehrbedarf für Schwangere + angem. Kosten der Unterkunft	AL 2,5 RS HV + HA 1,5 RS + KdU
	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen
Einkommensgrenzen	HV/HA = 1,5xRS AL = 2xRS; zzgl. angem. Unterkunftskosten, Mehrbedarf ab 12. SSW, Mehrbedarf HV/HA bei Erwerbstätigkeit	HV/HA = 1,5xRS AL = 2xRS + angem. KdU	HV = 2xRS AL = 3xRS zzgl. Unterbringungskosten	HV/HA = 1,5xRS AL/HA = 2,0xRS + Mehrbedarf für Schwangere + angemessene Kosten der Unterkunft

Abkürzungen

AL:	Alleinerziehende
angem.:	angemessene
AO:	Abgabenordnung
HA:	Haushaltsangehörige/r
HV:	Haushaltsvorstand
KdU:	Kosten der Unterkunft/Unterbringung
RL:	Regelleistung
RS:	Regelsatz
SSW:	Schwangerschaftswoche

Tabelle 29: Durchschnittsbetrag pro Erstbewilligung 2014 nach Bundesländern

Durchschnittsbetrag in Euro	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg
2005	1.050	922	565	437
2006	1.050	848	555	475
2007	1.047	867	574	460
2008	1.080	1.001	584	472
2009	1.110	1.080	644	465
2010	1.124	1.029	626	495
2011	1.085	1.250	599	536
2012	1.154	1.218	562	559
2013	1.071	1.251	559	509
2014	983	1.380	605	557

Durchschnittsbetrag in Euro	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern
2005	426	521	684	403
2006	398	569	667	360
2007	408	549	683	429
2008	421	559	694	417
2009	437	548	688	417
2010	454	619	684	435
2011	467	549	744	455
2012	459	525	758	478
2013	463	569	721	502
2014	450	537	689	535

Durchschnittsbetrag in Euro	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland
2005	485	611	864	653
2006	490	608	890	667
2007	487	598	860	656
2008	524	587	854	668
2009	543	605	840	731
2010	523	597	832	715
2011	548	616	953	751
2012	579	608	987	754
2013	557	590	942	725
2014	545	565	819	801

Durchschnittsbetrag in Euro	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen
2005	553	460	532	546
2006	535	457	515	566
2007	516	498	514	551
2008	587	467	524	618
2009	612	521	528	615
2010	616	514	517	630
2011	653	575	517	606
2012	738	550	517	678
2013	779	585	518	726
2014	779	595	519	746

Tabelle 30: Aufteilung der Beträge pro Erstbewilligung 2014 nach Bundesländern

Aufteilung der Beträge	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg
Bis 300 Euro	3.462	233	821	143
Bis 600 Euro	71	2.209	2.212	3.829
Bis 1000 Euro	899	4.766	4.219	1.737
Bis 1.500 Euro	5.475	3.721	551	29
Über 1.500 Euro	177	698	34	22

Aufteilung der Beträge	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern
Bis 300 Euro	902	203	118	956
Bis 600 Euro	830	3.286	3.695	2.048
Bis 1000 Euro	244	937	5.220	1.173
Bis 1.500 Euro	16	52	326	3
Über 1.500 Euro	8	8	60	35

Aufteilung der Beträge	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland
Bis 300 Euro	724	1.790	481	6
Bis 600 Euro	9.332	20.926	1.853	798
Bis 1000 Euro	4.394	9.653	1.114	269
Bis 1.500 Euro	507	973	907	395
Über 1.500 Euro	65	34	394	66

Aufteilung der Beträge	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen
Bis 300 Euro	600	168	1.091	295
Bis 600 Euro	1.890	3.809	3.806	1.001
Bis 1000 Euro	2.957	1.113	1.091	1.739
Bis 1.500 Euro	1.265	73	49	700
Über 1.500 Euro	198	3	3	89

Tabelle 31: Zentrale Vergabe der Stiftungsmittel nach Bundesländern

Zentrale Vergabe	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg
ja/nein	ja	ja	ja	ja

Zentrale Vergabe	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern
ja/nein	nein	ja	nein	ja

Zentrale Vergabe	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland
ja/nein	ja	ja und nein	ja	ja und nein

Zentrale Vergabe	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen
ja/nein	ja	ja	nein	ja

Tabelle 32: Orientierungsrahmen

Orientierungsrahmen	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg
ja/nein	ja	ja	ja	ja

Orientierungsrahmen	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern
ja/nein	ja	ja	ja	ja

Orientierungsrahmen	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland
ja/nein	ja	ja	ja	ja

Orientierungsrahmen	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen
ja/nein	ja	ja	nein	nein

Tabelle 33: Zusätzliche Mittel des Landes bzw. der Landesstiftung

Zusätzliche Mittel	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg
ja (in Euro)/nein	nein	2.697.000	199.799	nein

Zusätzliche Mittel	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern
ja/nein	nein	nein	nein	nein

Zusätzliche Mittel	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland
ja/nein	nein	nein	360.000	nein

Zusätzliche Mittel	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen
ja/nein	nein	4.150	nein	17.514

VI. Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Antragstellerinnen und Hilfeempfängerinnen (jeweils Erstantrag pro Schwangerschaft) in Deutschland	6
Tabelle 2: Alter der Hilfeempfängerinnen in Deutschland	7
Tabelle 3: Wirtschaftlicher Status der Hilfeempfängerinnen in Deutschland.....	7
Tabelle 4: Staatsangehörigkeit der Hilfeempfängerinnen in Deutschland	8
Tabelle 5: Zeitpunkt der Anträge der Hilfeempfängerinnen in Deutschland	8
Tabelle 6: Lebensform der Hilfeempfängerinnen in Deutschland	8
Tabelle 7: Anzahl der bei der Bundesstiftung mitwirkenden Schwangerschaftsberatungsstellen.....	9
Tabelle 8: Einkommensgrenze nach den Regelsätzen des SGB XII.....	9
Tabelle 9: Durchschnittsbetrag der Bundesstiftung pro Erstbewilligung in Deutschland	10
Tabelle 10: Aufteilung der Beträge der Bundesstiftung pro Erstbewilligung 2014.....	10
Tabelle 11: Zentrale Vergabe der Stiftungsmittel	11
Tabelle 12: Orientierungsrahmen	11
Tabelle 13: Zusätzliche Mittel des Landes bzw. der Landesstiftung jährlich insgesamt ..	11
Tabelle 14: Antragstellerin (Erstantrag pro Schwangerschaft) nach Bundesländern	14
Tabelle 15: Hilfeempfängerinnen (Erstantrag pro Schwangerschaft) nach Bundesländern	15
Tabelle 16: Alter der Hilfeempfängerinnen nach Bundesländern.....	16
Tabelle 17: Hilfeempfängerinnen (HiE) mit Einkommen aus selbständiger und nicht selbständiger Arbeit nach Bundesländern	17
Tabelle 18: Hilfeempfängerinnen (HiE), die Leistungen nach dem SGB III (Arbeitsförderung) erhielten, nach Bundesländern	18
Tabelle 19: Hilfeempfängerinnen (HiE), die Leistungen nach BAföG und/oder Ausbildungsvergütung (AusbVerg.) erhielten, nach Bundesländern	19
Tabelle 20: Hilfeempfängerinnen (HiE), die Leistungen nach SGB II (Grundsicherung für Arbeitssuchende) und XII (Sozialhilfe) erhielten, nach Bundesländern	20
Tabelle 21: Hilfeempfängerinnen (HiE), die Leistungen nach AsylbLG erhielten, nach Bundesländern	21
Tabelle 22: Hilfeempfängerinnen (HiE), die sonstige Sozialleistungen erhielten, nach Bundesländern	22
Tabelle 23: Hilfeempfängerinnen (HiE) ohne eigenes Einkommen und Sozialleistungen nach Bundesländern.....	23
Tabelle 24: Staatsangehörigkeit der Hilfeempfängerinnen 2014 nach Bundesländern.....	24
Tabelle 25: Zeitpunkt der Anträge der Hilfeempfängerinnen 2014 nach Bundesländern..	24
Tabelle 26: Lebensform der Hilfeempfängerinnen 2014 nach Bundesländern	25
Tabelle 27: Zahl der beteiligten Schwangerschaftsberatungsstellen nach Bundesländern	26
Tabelle 28: Einkommensgrenzen nach Regelsätzen des SGB XII 2014 nach Bundesländern	30
Tabelle 29: Durchschnittsbetrag pro Erstbewilligung 2014 nach Bundesländern	31
Tabelle 30: Aufteilung der Beträge pro Erstbewilligung 2014 nach Bundesländern	32
Tabelle 31: Zentrale Vergabe der Stiftungsmittel nach Bundesländern	33
Tabelle 32: Orientierungsrahmen	33
Tabelle 33: Zusätzliche Mittel des Landes bzw. der Landesstiftung	33